

machte – um zu verhindern, dass sie diese Erfahrung real noch einmal wiederholen müssen.

Damit vergleichbar ist Hans Jonas Begriff der »Heuristik der Furcht« als einer Methode, die uns befähigen und motivieren soll, uns der Zerstörung der natürlichen Grundlagen der Zivilisation entgegenzustellen, bevor es dafür zu spät ist. Sie steht für den Imperativ, uns bei allen für die Integrität der natürlichen Lebensgrundlagen bedrohlichen großtechnischen Eingriffen in die Natur konkrete Vorstellungen darüber zu machen, welche Risiken und Gefahren sie im schlimmsten Falle auslösen können, damit wir – sozusagen sinnfällig – die Erfahrung imaginieren, die wir den

nachkommenden Generationen mit unserem heutigen Handeln aufzwingen. Die Heuristik der Furcht soll uns Heutige nötigen, den Panzer der Verdrängung (»so schlimm wird es schon nicht werden«) aufzubrechen, bevor wir handeln, um unserer Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen gerecht zu werden.

Ängste sind offensichtlich, wo Menschen leben und handeln, immer da, und ihr realistischer Kern ist zumeist produktiv. Ihre Verdrängung bewirkt selten Gutes und ist nie von Dauer. Für die Risikogesellschaft der Gegenwart könnten die skizzierten Beispiele eines produktiven, sozial und ökologisch zukunftsfähigen Umgangs mit ihnen beispielgebend sein.



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG|FH. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Was ist Fundamentalismus?* In Kürze erscheint: *Die Unbelangbaren. Wie politische Journalisten mitregieren* (edition suhrkamp).

thomas.meyer@fes.de

Rudolf Walther

Von der Denunziation der »German Angst«

Wie viele politische Begriffe trägt auch »German Angst« ein Janusgesicht. Einerseits enthält er analytisch-diagnostische Züge und insofern realitätshaltige, andererseits rein propagandistische, d.h. ideologisch-zweckdienliche. Im Fall von »German Angst« überwiegen zwar eindeutig letztere, aber die analytisch-diagnostischen Züge dürfen nicht übersehen werden. Wie die Wörter »le Waldsterben«, »le Blitzkrieg« und »the Kindergarten« ist auch »Angst« als Germanismus in fremden Sprachen aufgenommen und eingebürgert worden.

Philologisch gesehen ist das unproblematisch und völlig normal. Aber die Zuschreibung von kollektiven Verhaltensweisen an ganze Völker läuft meistens auf eine nur küchenpsychologisch fundierte, subs-

tanzlose Völkerpsychologie hinaus. Es wäre jedoch voreilig und unangebracht, die Tatsache zu bestreiten, dass bestimmte Gefühle und Verhaltensweisen in dem einen Kollektiv auf mehr Resonanz stoßen als in einem anderen. Die Angst vor Großrisiken wie etwa Unfällen in Atomkraftwerken, Chemiefabriken, Atomwaffen oder beim Fracking ist per se weder reiner Stimmungsmache noch kollektiver Hysterie geschuldet. Gegenüber solchen unbeherrschbaren Großrisiken ist Angst berechtigt und ein guter Ratgeber obendrein.

So begründete Angst schützt nicht vor Fehlern bei ihrer Bekämpfung. Aber in dem Maße, wie Angst als real und existenziell empfunden wird, in dem Maße wächst auch die Suche nach Auswegen aus der Angst

und nach der Beseitigung der Ursachen der Angst. Insofern ist Angst radikal und realistisch zugleich. Sie gibt sich nicht zufrieden mit Vertröstungen und Symptombekämpfung. Angst geht aufs Ganze und überlebt solange, wie ihre Ursache wirksam bleibt.

Natürlich kann Angst paralyisierend wirken und Menschen oder Kollektive an angemessenem Handeln hindern. Darauf zielt die Rede von der »German Angst«. Ideologisch verbrämt dient sie jedoch oft

Kollektive Lernprozesse aus der Geschichte finden sehr selten statt

als reine Denunziationsvokabel, um etwa die auf Zurückhaltung und Kompromisse bedachte deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ins Zwielficht

zu rücken. Es ist nur eine billige Phrase, diese Zurückhaltung als »Lehre aus der Geschichte und aus zwei Weltkriegen« zu bezeichnen.

Kollektive Lernprozesse aus der Geschichte und das Lernen der Politik aus der Geschichte sind nicht nur äußerst komplexe Vorgänge, sie finden auch sehr selten statt, denn die historischen Konstellationen wiederholen sich in neuzeitlich dynamisierter Geschichte nicht. Die historisch-politische Situation, aus der der Erste Weltkrieg resultierte, lehrt für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gar nichts, außer vielleicht dies, dass mehr und größere Angst vor dem Krieg bei allen europäischen Völkern und Politikern im Vorfeld von 1914 einen großen Krieg hätte verhindern können.

Dass im Zuge der Nachrüstungsdebatte in den 80er Jahren – die im Kern eine Aufrüstungsdebatte war – Kriegsängste in der BRD und DDR lauter geäußert wurden als anderswo, ist verständlich, denn die BRD wäre als Standort einer neuen Raketen- generation mit einiger Sicherheit zum ersten Schlachtfeld geworden. Insofern gab es damals keinen vernünftigen Grund, die Kriegsangst der Deutschen als defätistische Hysterie zu denunzieren.

Neben die ideologisch motivierte Denunziation der »German Angst« tritt in jüngster Zeit der moralisierend auftrumpfende Appell, Deutschland müsse, statt Ängste zu hegen und zu pflegen, »Verantwortung« übernehmen. Max Webers Unterscheidung von »Verantwortungs- und Gesinnungsethik« dient heute dazu, Friedensbewegungen und Pazifismus pauschal der Verwechslung von Recht und Moral zu bezichtigen. Wer aus dem militaristischen Paradigma ausbricht, wonach nur den Krieg vorbereiten müsse, wer Frieden wolle, gilt als von der »German Angst« befallener Gesinnungsapostel.

Der Pferdefuß dieser forschenden Attacke besteht darin, dass Webers Unterscheidung und Bewertung von »Verantwortung« und »Gesinnung« selbst die Spuren ihrer kriegerischen Geburtsstunde auf der Stirn trägt. 1895 hielt Weber seine Antrittsvorlesung und deklarierte die preußisch-deutsche Reichsgründung von 1871 zum »Jugendstreich«, den man auch hätte bleiben lassen können, wenn dem nicht etwas in der Preislage einer territorialen Vergrößerung Deutschlands folge. Dem Krieg von 1914 verlieh der Gesinnungsathlet Weber »die Weihe eines deutschen Krieges«. Seine Unterscheidung von »Gesinnungs- und Verantwortungsethik« entwickelte er direkt aus den Gegenpositionen in und zu diesem Krieg. Die Differenz von »Herrenvolk« und »Machtstaat« auf der einen, »Polentum« und »Verschweizerung« (1915) auf der anderen Seite ist das Modell für die Unterscheidung von Kriegs»berechtigten«, die angeblich aus realpolitischer »Verantwortung« handeln, und Bekriegten, deren Protest als »gesinnungsethisch« abgetan wird, weil die verantwortungsethisch-imperiale Herrenmoral dem »nur« demokratisch begründeten Ethos von Kleinstaaten überlegen sei.

»Verantwortungsethik« ist das Schmiermittel für eine Politik, die zuerst nach »Feind und Freund« (Carl Schmitt), den »Divisionen des Papstes« (Josef Stalin) oder

nach Kosten/Nutzen (»Real«politiker) fragt und bestenfalls nach der Schlacht nach den rationalen und moralischen Gründen ihres Handelns.

»Die Deutschen haben ein gebrochenes Verhältnis zum Militärischen«, stellte die FAZ schon am 23.2.93 fest – angesichts des Bürgerkriegs auf dem Balkan. Mittlerweile leitet biedersinniges Normalisierungs- und Positivierungsstreben – endlich mal dabei sein beim umfassenden militärischen Intervenieren – auch das Sinnen und Trachten des Redseligsten im Land, des Bundespräsidenten Joachim Gauck. Sein Verantwortungsgerede stimuliert die jüngste Sinnstiftung im Land. Sie folgt der geschichtsphilosophisch unterlegten Ideologie der Zustimmung (egal wozu, warum und zu welchem Ende, »dabei sein ist alles«). Zustimmung ist das Mastfutter, von dem sich die neuste Stimmung in vielen deutschen Medien nährt. »Verantwortung« fungiert als Verdünner, mit dem behäbige wirtschaftliche Macht (Stichwort: »Exportweltmeister«) in agile militärische Gewalt verwandelt werden soll.

Der Frankfurter Friedensforscher Harald Müller sah in der Weigerung der deutschen Bundesregierung, sich am Abenteurerkrieg Sarkozys und der USA in Libyen zu beteiligen, laut der Süddeutschen Zeitung vom 29. April 2011, einen Bruch »mit bewährten Prinzipien deutscher Weltordnungspolitik«. Kriegsberatung aus dem Mund eines Friedensforschers im Stil eines wilhelminischen Weltpolitikers.

Die Frage, wohin man deutsche Soldaten in welcher Konstellation rausschicken soll, stellte sich zuerst nicht etwa an Stammischen, sondern innerhalb akademischer Diskurse und natürlich im Feuilleton. Wer

bei den bevorstehenden Kriegen zur Erhaltung des globalen Status quo überhaupt etwas gewinnen kann, ist höchst fraglich – und gerade deshalb tabu. Darum wurde das Thema gesinnungsmäßig zur Schlacht um die »Verantwortung Deutschlands für die Welt« aufgerüstet. Beim Vertreiben der »German Angst« dürfen alle mithalten von BILD und FAZ bis zu anpassungswilligen Friedensforschern, abgehalfterten Militärs und emeritierten Professoren.

Windige Konstrukte, die unter den Tarnnamen »Völkergemeinschaft«, »Staatengemeinschaft« oder neuerdings »Responsibility to protect« auftreten, um ihre Partikularität zu verbergen, erweisen sich bei »Verantwortung« als sachlich inkonsistent, moralisch unvertretbar und nicht verallgemeinerungsfähig oder schlicht als irrational. Sie sind nicht vernünftiger oder besser als die älteren Ladenaufhänger »nationale Souveränität«, »legitime Machtinteressen« und »nationale Selbstbestimmung«, mit denen Kriege bis vorgestern als »normal« und »notwendig« hingestellt wurden.

Gegenüber solchen hilflosen Versuchen bestand der eben 85 Jahre alt gewordene Philosoph Ernst Tugendhat schon vor Jahren darauf, dass »moralische Argumente ebenso rational sein können wie andere«, sofern in die Moral argumentativ begründbare Prinzipien eingehen, die rationaler Kontrolle zugänglich sind, im Unterschied zum Begriff »Verantwortung«, der außerhalb der Jurisprudenz, die ihn erfunden hat, momentan fast nur als Gesinnungskeule gegen die »German Angst« auftritt.



Rudolf Walther

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt am Main. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* ist zuletzt der dritte von geplanten vier Bänden mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag erschienen.

rudolf.walther@t-online.de